

# SOZIALDEMOKRAT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg

Das „Sozialdemokratische“ erscheint mit höchsten Belagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ der Reichsregierung. Gr. Wochensatz 6. Fernsprechnummer Nr. 24605, 24607, 24608. Beständige Kunstherstellung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverändert eingetragene Nummer ist stets das Rückporto beizufügen.

Wochensatz monatlich 1,20 und 0,20 M. Subskriptionsgebühr, inklusive 2,10 M. für Überhaber monatlich 0,45 M. Rückzahlungsbeitrag 2,10 M. durch Postboten angefordert 2,50 M. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 M. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Einzelnen und 20 Pf. im Blattenteil der „Illustrierten“. Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernspr. 24605, 24607, 24608. Postfachkonto 20319 Weimar.

## Der Naziladen kracht in allen Fugen „Befreier“ können nicht zahlen „Reichszeugmeisterei der NSDAP.“ fordert Schulden-Moratorium

Der Nazi-Laden kracht in allen Fugen. Kein Scheinlambd gegen die „seinen Reute“ kann darüber hinwegtäuschen. In Hunderten werden die „erwachten SA-Reute“ aus der Partei geworfen. Viele Kaufleute folgen freudig nach. Sie haben die Nase voll von den braunen Häusern, den Djaß und ihren Schwindelverfälschungen.  
Um die Hitler, Goebbels, Straher und Konforten völlig leer zu machen, haben viele industrielle und gewerkschaftliche Geldgeber einstweilen ihre Kassen für die Nazi-Partei geschlossen. Deshalb schiden die braunen Erretter Deutschlands ihre noch treu geliebten SA-Reute mit dem Klingelbeutel auf die Welttour. Allabendlich sind sie im vornehmen Welken von Berlin zu sehen, wie sie die Sammelbüchse hinhalten. In den Luxuslokals erhoffen sie besondere Reute und halbdvergugerten Arbeitslosen gute Konkurrenz zu machen. Es Jude oder Christ, er wird angehörrt.

### Der Erfolg scheint jedoch sehr gering, denn auch der finanzielle Pfeifegerier schleicht durch die Braunen Paläste

Am 22. September hat die „Großdeutsche Handelsgesellschaft m. B. G.“, das ist die „Reichszeugmeisterei der NSDAP“, von ihren Gläubigern und Lieferanten ein Schulden-Moratorium verlangt. Kund her- und wird in diesem Zahlungsaufschub die politische Seite der Nazi-Partei eingetand und Hinzugeligt, daß die SA-Mitglieder und sonstigen Parteischulder die gefesterten Waren und Ausstattungsgegenstände noch nicht bezahlt hätten, weshalb die Reichszeugmeisterei ihrerseits die Verbindlichkeiten „einstweilen“ nicht einhalten könne. Zwar werden die Gläubiger auf das nahe „Dritte Reich“ verwiesen, das die Reute wieder auffüllen werde (mit den Steuergebern des Volkes! P. Red.), aber die Hoffnung darauf scheint recht dünn, angesichts der Drohung der Reichszeugmeisterei: wenn die Gläubiger keinen Aufschub geben, erfolgt Kontur und dann gibt es gar nichts!  
Es folgt dem politischen Bankrott und Betrug der wirtschaftliche und finanzielle. Und diese Reute, die nicht einmal in ihrem eigenen Kassenladen Ordnung und Saubertelt halten und ihre Zeugmeisterei zum Dalles gehen lassen, diese famosen „Wirtschaftsminister“, „Finanzleute“, „Sozialisten“ und „Volksführer“ wollten die deutsche Wirtschaft neu erblühen lassen. Wahre Wolkenbrüche von Reichtum und Wohlstand und haben diese Maulhelden und Bankrotteure versprochen. Jetzt gehen sie herum und schwingen den Klingelbeutel, und das Ende vom Lied ist, daß sie arm und reich, groß und klein betrogen haben. Heil Hitler!

haben. Die Barone sind nicht nur „auf dem breiten Rücken der Nazis“ zur Macht gelangt, sie sind auch durch die Nazis erhalten worden. Daran wird durch das Gefrier gegen die „seinen Reute“ nicht das geringste geändert; denn hätte der Führer der nationalsozialistischen Reichsregierung sich nicht in der letzten Sitzung des inzwischen aufgelösten Reichstags im entscheidenden Augenblick die Vertagung der Reichstags-Sitzung um eine halbe Stunde beantragt, dann wären die Anträge auf Aufhebung der Hungerlocherordnung und des Mißtrauensvotum gegen die Barone rechtsgültig angenommen worden. Der Reichstagspräsident hat am Dienstag selbst zugewogen, daß er zu Beginn der Sitzung gar nicht im Besitz der Vertagungsbefugnis war und sie erst in der halb stündigen Pause habe herbeischaffen lassen.  
Am übrigen hat Herr von Papen auf die entscheidende politische Frage die Auskunft erteilt. Als nämlich der Abg. Hoegner (Soz.) feststellen wollte, ob die Regierung im Besitz einer Blanko-Vollmacht des Reichspräsidenten für die Aufhebung der Reichsregierung war, in die sie von sich aus den Text mit dem Vertagungsbefugnis eintragen konnte, hat von Papen sich auf einen Rechtsstreit bezogen und die Vertagung der Reichstags-Sitzung im Hinblick auf den Reichstag in jedem Fall aufgeschoben. Wenn das richtig ist, dann hat die Partei-Bresse noch einmal gelogen; denn sie hat immer wieder versichert, daß die Reichsregierung gemäß Art. 65 des Reichsverfassungsgesetzes eine Vertagung der Reichstags-Sitzung nicht ohne die Zustimmung des Reichspräsidenten durchführen könne. Obgleich diese Vertagungsbefugnis dem Reichspräsidenten nicht zustand, hat er es doch nicht einmal gewagt, die Reichstags-Sitzung zu vertagen.

In der Hauptsache war die Vertagung des Herrn von Papen ausgeführt durch die Reichsregierung, die dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Goering.  
Der Reichstagspräsident hat sich wiederholt darauf, daß er kurz vor der Reichstags-Sitzung mit dem Reichstagspräsidenten wiederholt Besprechungen über die parlamentarische Lage gehabt hat. Goering hat ihm immer wieder versprochen, alles für eine ordnungsgemäße Durchführung der Reichstags-Sitzung zu tun. Auf dieses Versprechen hat sich Papen angeschlossen und versichert.  
Somit macht er Goering vorant, daß die Reichsregierung durch die Vertagung des Reichstags nicht nur übertrumpft wurde, sondern auch berief er sich im Lenz getränkter Inhaft auf sein „gentleman agreement“ mit Goering. Wohl aus moralischen Gründen waren Herrn Goering diese Feststellungen des Reichstagspräsidenten unangenehm.  
Erwähnenswert bleibt schließlich noch, daß es auch in der Vertagung des Überwachungsausschusses wieder zu dem tödlichen Kampf zwischen Nazis und Deutschnationalen kam.

## Alle gegen alle im Hitler-Lager! Die Dresdener SA. soll auf Befehl von der SS. niedergeknüppelt werden

In Dresden wurde ein Sturmhaufenführer der SA. wegen angeblicher Gehorsamsverweigerung seines Amtes entbunden. Die ihm unterstellte SA. stellte sich auf seine Seite und begann zu meutern. Die SA-Führung drohte daraufhin mit der Entlassung aller Beteiligten und erklärte der meuternden SA.: „Wenn ihr nicht sofort ruhig seid, hole ich die SS. und lasse euch wieder knüppeln.“  
Die SA. gegen SA. — das ist der Beginn des Kampfes aller gegen alle im Hitler-Lager. Der Dresdener Fall ist nicht der einzige, und das ist der beste Beweis dafür, daß der Kampf aller gegen alle über den Anfang bereits hinausgediehen ist.

## Klarheit über die Auflösung des Reichstags Frick rettete Papen! Sozialdemokratischer Antrag im Überwachungsausschuss

Der Überwachungsausschuss des Reichstages am Dienstag über die Vorgänge bei der Auflösung des letzten Reichstages den Reichstagspräsidenten, den Reichsinnenminister und den Staatssekretär in der Reichsregierung, sowie zahlreiche andere Zeugen. Das wesentliche Ergebnis der Zeugenvernehmung wurde in einem sozialdemokratischen Antrag festgehalten, der dem Ausschuss zur Befürwortung unterbreitet wurde.  
Der Antrag lautet:  
1. Wüßte der Reichstagspräsident vor, seine Regierungserklärung abzugeben und die Debatte stattfinden zu lassen, aber vor einer Abstimmung über Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und Mißtrauensanträge die Auflösung des Reichstages herbeizuführen.  
2. Da dem Antrag des Abg. Torgler (KPD.) auf sofortige Vorabnahme der Abstimmung ohne Beratung zuerst niemand widersprach, erkannte der Reichstagspräsident die Möglichkeit, daß sofort abgestimmt werde.  
3. Die auf Antrag des Abg. Dr. Frid (Wol.) beschlossene Unterbrechung der Sitzung gab dem Reichstagspräsidenten die Möglichkeit, die Aufhebungsverfügung herbeizuführen.  
4. Trotzdem der Reichstagspräsident hiernach mit der Möglichkeit sofortiger Abstimmungen rechnete, hat er sich weder während der Sitzungspause noch bei Eröffnung der Sitzung um Wort gemeldet, sondern erst nach Beginn der Abstimmung, weil er auf Grund seiner Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten eine Abstimmung nicht für notwendig hielt.  
5. Die Aufhebungsverfügung ist dem Reichstagspräsidenten übergeben worden. Die Zustimmung ist im Augenblick der Ubergabe wirksam gemorden. Die danach zu Ende geführten Abstimmungen sind staatsrechtlich unwirksam. Ihre politische Bedeutung bleibt bestehen.  
6. Unschädel dieser Feststellungen hält der Ausschuss an dem am 13. September 1932 beschlossenen Auffassung fest, daß die Auflösung des Reichstages am 12. September 1932 dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht.  
Aus vorstehenden Feststellungen geht bereits hervor, daß die Nationalsozialisten die Regierung der Barone gerettet

### Sonderons Besprechungen

Der Präsident der Vertagungsausschusses Sonderon führte am Dienstag Besprechungen mit Herrlot, Wolf-Itzen und dem deutschen Außenminister über den Anspruch Deutschlands auf militärische Gleichberechtigung. Eine Besprechung wüßte Herrlot und dem deutschen Außenminister ist bisher nicht in Aussicht genommen.

### Gefängnis für Nazi-Rohlinge

Milde Urteile des Schwedischer Sondergerichts  
Das Sondergericht in Schwedisch demurteilte am Dienstag mehrere SA-Mitglieder, die am 11. März d. J. an einem planmäßigen Heberfall auf jugoslavienverleedende Reichsbannerseite bei Schönburn, Kreis Schwedisch beteiligt gewesen waren und den Reichsbannermann Tarzoff diebstahl mihandelt hatten, wegen Landfriedensbruchs. Die Angeklagten Erlös und Bestermann erhielten wegen einfachen Landfriedensbruchs je drei Monate Gefängnis, der Angeklagte Erlös wegen schweren Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis, der Angeklagte Röh wegen schweren Landfriedensbruchs und Waffenmihandels sieben Monate Gefängnis, der Angeklagte Wüß wegen schweren Landfriedensbruchs, Rädelführerschaft und Waffenmihandels neun Monate Gefängnis.

### Pierre Degeyter gestorben

Der Komponist der Internationale  
Der Komponist der Internationale, Pierre Degeyter, ist am Montagabend im Alter von 84 Jahren in dem Pariser Borort St. Denis gestorben.  
Degeyter war von Beruf Drechsler und stammte aus Belgien. In seinen freien Stunden beschäftigte er sich viel mit Musik. Anfang der neunziger Jahre wurde einer der Belier der Eliter Arbeiterbewegung aus Paris einige revolutionäre Gedichte mit und bei Degeyter, eines von ihnen zu vertonen, damit es bei einem Arbeiterfest vorgelesen werden könne. Degeyter wüßte das von seinem Pariser Berufsgenossen Bettier verfaßte Lied. Das später den Namen Internationale erhielt und heute von den Arbeitern der ganzen Welt gesungen wird.

# Die Sondertagung des Arbeitsamtes Rückblick auf Genf

## Bierzigtstundentkonvention — und was dann?

Der Ausgang der Sondertagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die den Weg zu einer internationalen Arbeitszeitverkürzung frei machen sollte, hat nicht das gebracht, was die Arbeiterklasse von ihr erwartet hat. Nach langen und schweren Kämpfen war es in Genf der Arbeitszeitfrage gelungen, wenigstens bis zu einem gewissen Grad den Widerstand der Regierungen und auch eines Teils der Arbeitgeber gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu überwinden. Die Arbeitergruppe forderte jedoch in ihrer Entscheidung zur Arbeitszeitfrage, die im April von der Arbeitskonferenz angenommen wurde, bringend eine internationale Regelung der Bierzigtstundentage, und der Vertreter der italienischen Regierung im Verwaltungsrat war, nachdem auch der schweizerische Korporationsrat erkannt hatte, daß das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wiederhergestellt werden kann, beauftragt worden, eine Sondertagung zu beschleunigen zur Berücksichtigung internationaler Arbeitszeitverhältnisse.

## Keine und große Schulden Der Gerichtsvollzieher kommt

Es kommt immer häufiger vor, daß Nationalsozialisten und nationalsozialistische Organisationen es auf die Bildung ankommen lassen, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. So konnte das offizielle Blatt der NSDAP in Oberbayern die Kosten eines verlorenen Pressebelegungsprozesses in Höhe von ungefähr 1000 Mark für seinen verantwortlichen Schriftleiter nicht zahlen. Die Forderung des Schriftleiters blieb erfolglos, da seine bemeldete Habe bereits anderweitig zwangsweise veräußert worden war. Wegen des Schriftleiters erging Haftbefehl zur Ergreifung des Offenbarungseides. Der nationalsozialistische Arbeiterverein E. B. in München konnte Gerichtskosten in Höhe von 150 Mark nicht bezahlen, er ließ es auf die Forderung entkommen.

Das alles hindert noch keineswegs! Wie wir oben schonerwähnt haben, betragen die Verpflichtungen der NSDAP bei der rheinisch-westfälischen Schornsteinruhr rund 19 Millionen Mark. Wie wird es erst werden, wenn die Ökonomie der gefahren und heute morgen vielleicht den Gerichtsvollzieher schiden?

barungen mit dem Ziel der Bierzigtstundentage oder noch kürzerer Arbeitszeit zu beantragen. In dem italienischen Antrag, der im Verein mit der Entschiedenheit der Arbeitergruppe auf der 16. Internationalen Arbeitskonferenz zu der nunmehr beendeten Sondertagung des Verwaltungsrates geführt hat, wird auch darauf hingewiesen, daß die internationale Arbeitsorganisation die Pflicht habe, der Forderung des nächsten Jahres in Genf zum zehnten Weltwirtschaftskongress geeignete Vorschläge über eine allgemeine internationale Arbeitszeitverkürzung rechtzeitig zu unterbreiten. Die Sondertagung des Verwaltungsrates hat nun beschlossen, eine technische Konferenz zur Beratung dieser Frage einzuberufen, die im nächsten Januar in Genf zum zehnten Weltwirtschaftskongress in der Verwaltungsrat in Madrid darüber Bericht stellen soll, ob die Frage der Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1933 gestellt werden soll.

Dieses Verbot bedeutet wohl eine Beschränkung im Hinblick auf die geforderten Vorschläge der Internationalen Arbeitskonferenz, es genügt jedoch nicht im Hinblick auf die Dringlichkeit der Problemlösung. Angesichts der Hartnäckigkeit der Arbeiter und der Befürchtung, mit denen man in allen industriellen Ländern dem kommenden Winter entgegensteht, wäre eine sofortige konkrete Lösung erwünscht gewesen.

Die internationale Schwierigkeiten sollen nicht erkannt werden. Wer so, wie die Tageszeitung, es vom nächsten Sommer mit der Berücksichtigung einer Bierzigtstundentage nicht zu rechnen. Die im Januar stattfindende technische Konferenz kann wohl Vorschläge formulieren, die der Weltwirtschaftskongress unterbreitet werden können. Gegebenenfalls werden auch solche formulierten Vorschläge den Regierungen übermittelt, damit sie für zwei- oder dreiwöchige Beträge auf dem Gebiet der Arbeitszeit entweder generell oder industrieweise als Unterlage dienen. Aber davon abgesehen, wird erst ein von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenes Übereinkommen die Rechtsnorm für die internationale Gültigkeit der Bierzigtstundentage aufstellen können.

Der Plan, seine besondere internationale Arbeitskonferenz einzuberufen, sondern die Frage vielmehr auf ganz allgemeinere Verhältnisse der Bierzigtstundentage internationaler Arbeitskonferenz zu verabschieden geht dem Internationalen Arbeitsamt aus. Wahrscheinlich sind dabei vor allen Dingen budgetäre Gründe. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß das Internationale Arbeitsamt auf ein vorichtiges und weniger kühnes Vorgehen in dieser Frage Wert legt. Nach den Erfahrungen, die das Amt bisher mit dem Arbeitszeitübereinkommen gemacht hat, ist diese Haltung verständlich.

Wenn hier Vorwürfe am Platz sind, dann müssen sie an die richtige Adresse gerichtet werden, d. h. nicht an das Amt, sondern an die Regierungen, die auf den Internationalen Arbeitskonferenzen den internationalen Übereinkommen über den Bierzigtstundentag in gemehrten Betrieben, im Handel und in den Büros sowie einem internationalen Übereinkommen über die Arbeitszeit im Rohstoffbergbau ihre Zustimmung gaben, nachher aber nicht ratifizierten. Der Antrag des französischen Regierungsrates auf der Sondertagung des Verwaltungsrates, die Regierungen aufzufordern, zunächst einmal die bestehenden Übereinkommen zu ratifizieren, ohne Rücksicht auf die weiter zu verfolgende Verkürzung der Arbeitszeit, war daher durchaus am Platz. Die Praxis hat gezeigt und zeigt es täglich mehr, daß die besten internationalen Übereinkommen, die in Genf verabschiedet werden, nichts nützen, wenn in den einzelnen Ländern die Regierungen von ihren Arbeitern nicht unter Druck gesetzt werden, damit die internationalen Beschlüsse auch zum Geheh erhoben werden.

Wir brauchen die Bierzigtstundentage. Es genügt aber nicht, daß eine Bierzigtstundentagekonvention auf dem Papier steht. Die Bierzigtstundentagekonvention soll Wirklichkeit werden, und wir brauchen sie dringend. Wir bekommen sie aber nie, wenn in Deutschland die Regierung der Barone am Fuder bleibt. Eine Regierung, die den heulenden Arbeiter auf das Bureau eines Autokratien überträgt, gibt den Schachmannern im Ausland nur die Möglichkeit, unter Hinweis auf die Ermächtigung der Konturrenz durch Deutschland zusammen mit den deutschen Schachmachern einen solchen Fortschritt zu unterbinden. Eine Politik, die den Arbeitern hilft, kann nur von den Arbeitern gemacht werden. Also muß der Arbeiter dafür sorgen, daß die organisierte Macht der Arbeiter im Staat wieder zu Einfluß kommt.

# Marxistentöter und Betrüger Riesenhafte Kreditschwindereien eines deutschen Ehrenmannes

Musik wird uns über einen echten deutschen Ehrenmann folgendes geschrieben:

Der Leiter des Münchener und Kreis-Verkehrs-Bürolegations Dr. Siegel in München ist wegen riesenhafter Kreditschwindereien verhaftet worden. Zwei Großbanken, die Kreispartei-Großbank-AG und eine Reihe von Bankwärdern und Geschäftswärdern haben insgesamt 1 Million Mark verloren. Die Arbeiter der vom Konzern angekauften Bedburger Ringlohnlegelle haben über einen Monat keine Löhne erhalten. Erst jetzt sind ihnen durch eine der beteiligten Banken Abschlagszahlungen auf ihre Löhne gezahlt worden. Siegel legte die Sparteile, die Banken und Private in der freistellen Weise hinein. Seine Sicherheiten an Grundbesitz überreichte er mehreren. Zahlreiche Freunde bezog er zu sogenannten „Gefälligkeitswechseln“, für die die Aussteller jetzt gerade stehen müssen. Als ihm einer dieser Freunde ein Akzept über 7000 M. ausgestellt hatte, lag ihm Siegel kurz darauf vor, es sei ein Timenlohn auf das Akzept gefallen, so daß es unbrauchbar sei. Der gläubige Freund stellte sofort ein neues Akzept über 7000 M. aus, ohne das angeblich verlorene Papier zurückzuerlangen. Er wird für 14000 M. haften müssen.

Wer ist Dr. Siegel? Wer sind seine Freunde? Alles fromme Marxistentöter, Schwarzweizer und Patentzähler. Siegel

war Referentoffizier, kammt aus Köln und heiratete die Tochter eines reichen Jünglings, dem zu Köln ein ganzer Straßenzug in Jüden benannt worden ist. Siegel lebte in Sans und Dumas und hat das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. Sein Patriotismus ließ aber beim Steuerzögen ebenfalls nach.

Der Konzern ist mit Steuerjahren erheblich im Rückstand, so daß auch die Staatskasse zu den Beiträgen gehört. Auch bei seinen Darlehensgebern, soweit es sich um Private handelt, spielte die Steuerfrage eine große Rolle. Die Bauern und Geschäftsleute, die Beiträge bis zu 40000 M. und bis zu 70000 M. hergaben, taten es nicht nur mit der Aussicht auf hohen Gewinn, sondern auch, weil sie die Summe nicht verlieren wollten.

Das Finanzamt hat inzwischen festgestellt, daß zahlreiche Gesellschaften die Summen, die in dem Siegelkonzept festgesetzt sind, nicht versteuert haben. Es drohen ihnen Rückforderungen und Strafen wegen Steuerhinterziehung.

Der Fall zeigt, daß patriotische Reden und vaterländisches Handeln bei vielen unserer Patrioten gänzlich fehlt. Unbegrüßtes muß es den Herren in den Zeiten des Notstandes „Gottse“ doch recht gut gegangen sein, denn sonst hätten sie ein Schwindler nicht so große Summen ausstehlen können.

# Moratorium für die Landwirtschaft

## Zwangweise Zinsbindung / Neue Subventionen bei leeren Kassen

Die von der Reichsregierung angekündigte neue Zinsregelung für landwirtschaftliche Schulden läuft darauf hinaus, daß eine zwangsweise Zinsbindung eintritt. Damit ist die zwangsweise Zinsbindung, die von den Agrarern verlangt, aber von sämtlichen Sachverständigen abgelehnt wurde, fallen gelassen worden.

Auch bei diesem Teil der kommenden Notverordnung stehen die Einzelheiten teilsweise fest. Bisher wurde von der Regierung nur mitgeteilt, daß die Zinsen für landwirtschaftliche Hypotheken zwangsweise für die nächsten zwei Jahre um 2 Proz. jährlich herabgesetzt werden sollen. Man will die Zinsen aber gleichsam an das Kapital anknüpfen, und zwar in der Art, daß das geschuldete Hypothekent Kapital von 100 auf 100 Proz. anwächst. Über die zufünftigen 4 Proz. Kapitalaufschlag werden nicht verzinst und sind — bei zurückzahlbaren Hypotheken, den sogenannten Kapitalhypotheken — nur dann voll zurückzahlen, wenn die Hypotheken erst ab 1940 fällig bzw. zurückverlangt werden.

Bei früheren Fälligkeiten oder bei Kündigung tritt eine Ermäßigung oder gar ein Wegfall der Rückzahlung ein.

Es wird aber nicht nur ein Teil der Verzinsung gestundet, sondern bei den erwähnten Kapitalhypotheken auch die Rückzahlung, falls die Hypotheken bis zum 1. April 1936 fällig werden. Das bedeutet nichts anderes als ein Moratorium von 3½ Jahren für landwirtschaftliche Hypotheken. In der Rede des Reichsernährungsministers Freiherrn v. Braun in München wurde der Öffentlichkeit dieses weitgehende Moratorium unterzogen. Erst später erfuhr man davon. Die Regierung scheint der Zustimmung zu sein, daß es besser ist, der Öffentlichkeit schludweise beizubringen, wie unvollständig die neue Subvention an die Landwirtschaft ausgefallen ist. Die Art, wie heute wichtige gesetzgeberische Akte dem Volke mitgeteilt werden, ist auch ein Stück der „grundüblichen neuen Staatsführung“.

Wenn man jemandem etwas schenkt, muß immer einer da sein, der das Geschenk begehrt. Bei dem Moratorium für die Landwirtschaft handelt es sich um die Frage, wie die Gläubiger den

Zinsverlust, der immerhin zunächst einmal eintritt, tragen sollen. Auch hier ist ein Punkt in der Ankündigung der Reichsregierung, der, wie so viele andere, nicht gefällig ist.

Sozial Recht legt, daß die privaten Geber den Verlust selber tragen sollen. Es haben sich damit abzugeben, daß die vertraglich vereinbarten Zinsen zum zeitweiligen Herabgesetzt werden. Das gleiche gilt für diejenigen Hypothekendarlehen, bei denen der Anteil der landwirtschaftlichen Kredite am Hypothekenbestand unter 10 Prozent liegt. Den übrigen Hypothekendarlehen wird eine finanzielle Hilfe vom Reich zugesagt, wobei jedoch in der Form, daß das Reich ihnen in entsprechender Höhe unverzinsliche Schuldverpflichtungen obnimmt.

In diesem Zusammenhang wird die Frage brennend, woher das Reich das Geld nehmen will, das die ganze Transaktion erfordert. Wenn es heißt, die Geber der Landwirtschaft müssen eine zweite Zinsbindung in Kauf nehmen, dann muß man auch daran denken, daß diese Geber teilsweise mit tüchtigen Wärdern überhäuft sind. Diese Geber sehen sich als Sparern im deutschen Volke zusammen, die den Ertrag ihrer Arbeit in Wandbriefen sicher anlegen glaubten, um für das Alter etwas zu haben. Zu diesen Gebergruppen gehören auch die Sparteilen mit ihren vielen Einlegern. Hier liegen die Dinge wohl so, daß die Sparteilen an den Inflations mit unter 10 Prozent landwirtschaftlichen Hypothekenbestand zu rechnen sind. Wenn keine weitere Reichshilfe nicht zugute, die, die die verminderten Erträge betreffen, müssen sehen, wie sie mit den verminderten Zinsleistungen auskommen. Die Regierung ist schon mehr als rigoros.

Der wunde Punkt in dem Moratoriumsprojekt sind wohl die Landbesitzer. Bei ihnen wird die vom Reich angekündigte Mitbestimmung gar nicht gemessen, um sie inländisch zu sehen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wandbriefgläubigern nachzukommen. Hier werden wohl auch die Wandbriefbesitzer daran glauben müssen, während sie in allen übrigen Fällen verschont bleiben.

# Der Krieg der Harzburger

## Auch in Württemberg Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Nazis

In Württemberg liegen sich die Harzburger ebenfalls heftig in den Haaren, auch hier läuft der Harzburger Käse immer hoffnungslos auseinander.

Vor kurzem ist der Direktor Roter von der Württembergischen Rotenbank, dem Bankinstitut des Staates Württemberg, mit einer in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung aus der Deutschnationalen Partei, der er bisher angehörte, zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten. Dadurch haben sich die Differenzen zwischen Roter und seinem Vorgesetzten, dem Deutschnationalen Finanzminister Dr. Zehlinger, die schon vorher bestanden haben, erheblich verschärft. Es kommt jetzt immer mehr den Anschein, daß Roters Übertritt zu den Nationalsozialisten überhaupt nur erfolgte, weil er annahm, daß es ihnen gelingen würde, in der württembergischen Regierung eine führende Position zu erhalten. Für diesen Fall hat sich Roter offenbar als Kandidat für den Finanzministerposten zur Verfügung gehalten. Nun ist aber alles anders gekommen, als gewisse Leute in den lauen Nächten dieses Frühjahres geträumt haben. Die Bauernverbände und Deutschnationalen, die nach den Landtagswahlen gewillt waren, den Nazis das Staatspräsidium zu überlassen, haben verdrissene Haare in der Suppe gefunden, und die Konjunktur hat sich für die Nazis in Württemberg ganz allgemein erheblich verschlechtert. Das hat nun wohl auch dazu geführt, daß der Deutschnationale Finanzminister in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter des Roters die Rotenbank dem Staat send, den Konflikt mit Roter durch einen energischen Schritt zu beenden, er hat Roter auf Zwangsurlaub geschickt, der wohl der Vorläufer für das Ende seiner leitenden Stellung in der Rotenbank sein wird.

# Papen und Verfassung

## Dunkle Andeutungen, unklare Pläne

Herr von Papen hatte eine Unterhaltung mit einem Redakteur der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, bei der er in der dunklen Art, die er in jedem Falle liebt, auf Verfassungsfragen zu sprechen kam. Darüber berichtet WTB:

Der Reichshofrat betont mit Ernst und Nachdruck, wie sehr ihm die Wiederherstellung geselliger verfassungsmäßiger Zustände am Herzen liegt. Auf die Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist, meinte der Kanzler, er glaube, daß der Wunsch, zu neuen verfassungsgerechten Zuständen zu gelangen, innerhalb des Volkes so stark werden würde, daß der Impuls aus dem Volke herauskommen und der Regierung die Legitimation geben werde, diese Zustände neu zu gestalten.

Wollte Herr von Papen nun die bisherige Verfassung „wieder herstellen“, was sehr richtig wäre, oder will er sie durch eine neue ersetzen? Und wenn er sie durch eine neue ersetzen will, auf welche Weise will er diese Änderung bewirken?

Nach der Verfassung heißt es eine Verfassungsänderung nur durch Zweidrittelmehrheit des Reichstags oder durch Zweidrittel aller in dem Reichstagen vertretenen Mitglieder möglich. Glaubt Herr von Papen für eine Verfassungsänderung, wie er sie plant, eine Volksmehrheit genutzten zu können?

Herr von Papen sollte endlich einmal, statt um diese Dinge herumzureden, klar sagen, was er will und wie er es erreichen will. Hatte Andeutungen über dunkle Pläne können nur die allgemeine Unruhe im Lande vermehren.

# Wenn das nichts hilft!

## Oberteil für Papen und seine Regierung

Der Scherenschnitt, den das Kabinett der Barone in Deutschland anrichtet, wird immer größer. Außenpolitisch wie innenpolitisch ist die Lage vollständig verfahren. An der Wirtschaftspolitik folgt eine Notverordnung auf die andere, wobei immer die nächste das Gegenteil von dem besetzt, was die vorhergehende erreichen sollte. Mit der Homogenität des Kabinetts ist es nicht weit her. Der eine zieht hi, der andere zieht ho. Was soll noch daraus werden? Über einen Trost haben wir: seit dem letzten Sonntag stellen wir fest, daß im Rundfunk für Herr von Papen und seine Regierung gebetet wird. Wenn das nichts hilft!

# Berlin reformiert sich

## Die Reichshauptstadt braucht Herrn Dracht nicht

An einer außerordentlichen Sitzung verabschiedete der Magistrat der Stadt Berlin am Montag zwei Vorlagen über die Reorganisation der Berliner Verwaltung und die Reumetteilung der Verwaltungsbezirke. Einzelheiten über die Beschlüsse sind noch nicht bekannt. Allen Mitgliedern des Magistrats wurde strengste Geheimhaltung zur Pflicht gemacht.

Berlin dürfte nach den Beschlüssen des Magistrats in Zukunft nur noch aus 10 Verwaltungsbezirken bestehen, in denen die besonders in Bayern übliche Stadtratsverwaltung mit ihrem Gemeindeführer durchgeführt werden wird.



### Ein der Dreifachmaschine

Wenn es mit Gewalt auf die herbstlichen Tage zugeht und das Feld geräumt ist, tritt die Dreifachmaschine in Tätigkeit. Was Sensen, Sichel und Mähmaschinen vom Boden trennen, was fleckige Hände zu Garben binden, was die muskulösen Landpferde an knurrenden Weicheln heranschleppen, das freit die Dreifachmaschine zum Fraß. Genährt von Kohle und Wasser, krampt die Lokomotive mit den Kolben, rüttelt an den festgeschraubten Breiten Eisenrädern, auf denen der Rauch ruht, wirbelt das Schwungrad herum und läßt Öl wie Schweißtropfen niederfallen. In dem tiefen vierfachen Klappertönen, der durch einen Treibriemen mit der Lokomotive verbunden ist, wird das Korn von Holm und Hehre gedroschen.

Drumherum Wollen eines Staubes, der eine Qual bedeutet für den Arbeiter, der die Augen verbleibt, in der Lunge nistelt, durch die Kleider dringt und alle Hautporen verstopft. Die Arbeiter und Arbeiterinnen geben an dieser Maschine ihre letzte Kraft her, unermüdet darauf bedacht, daß der Roloß sein Gebiß nicht im Verlauf klappern läßt.

Goldhärner, die Prot bedeuten, sind des Verbrauchsprodukt der Maschine. Die Erde gab den Stoff zu ihrem Wachstum, die Sonne gab die Kraft und der Landarbeiter die Tagesstunden seines Lebens und den Schweiß willensstarker Anstrengung.

Die Sonne steht noch herbstlich mild über dem Land, auch über jenem Land, in dem die Lokomotiven mit Getreide geheizt werden, weil der Preis gehalten werden muß. Und die Sonne nimmt nicht den Rauch aus jenen Lokomotiven, um ihr Antlitz in Trauer zu hüllen. Denn das ist unsere Sache, ihr Gebiß gerecht zu tunen. \*\*\*

### Etuern im Oktober

Am 15. Oktober sind folgende Steuern fällig: die staatliche Grunderwerbsteuer vom Grundvermögen nebst staatlichem Zuschlag, der Gemeindeförderungszug für Grundvermögenssteuer, die Hauszinssteuer, die Kennzeichnungsgeld, der Beitrag zu den Wasserversorgungsstellen, die Grunderwerbsteuer nach der Wohnfläche, die Grunderwerbsteuer nach der Wohnfläche, die Grunderwerbsteuer nach der Wohnfläche, die Grunderwerbsteuer nach der Wohnfläche.

12. Oktober der SPD. Mittwoch, den 28. September, abends 8 Uhr, im Lokal „Berghardshalle“. Mitgliederversammlung. Genosse Stengel spricht über Konjunktur.

## Herr Dingeldien hat genug von Hitler

„Eine Ehre, die keine ist...“ - Das „bessere“ Bürgertum wendet sich ab von den Nazis

Es ist noch gar nicht so lange her, da wollte das sogenannte gute Bürgertum von Reichspräsidenten von Hindenburg herzlich wenig wissen. Das war in den Tagen, als der alte Herr noch hinter seinem Reichstafel Dr. Brüning stand. Seitdem aber durch denselben Herrn von Hindenburg die „grundtätig neue Staatsführung“ etabliert worden ist, bekennt man sich wieder auf ihn und nimmt die Hindenburg-Kulte wieder auf, in dem man ja von Kriegen her seine Erfahrungen besitzt. Da in Halle sogar die Deutschnationale Volkspartei, die doch Hindenburg bei seiner Wiederwahl mit am meisten befehlte hat, ihr Herz für den alten Herrn wieder erobert hat, mußte ihr natürlich die Deutsche Volkspartei vorzucken, denn wer könnte nationaler sein als sie? So veranstaltete sie dem als erste eine Hindenburg-Kundgebung anlässlich des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten.

Das Bemerkenswerte dieser gestern im Stadtschützenhaus durchgeführten Veranstaltung war die Wahlrede, die sich im Bürgertum die Ablehnung von Hitler tatsächlich vollzieht. Der Hauptinhalt der

### Rede des völksparteilichen Parteiführers Dingeldien

war gegen die Nationalsozialisten gerichtet und gerade diese Stellen wurden oft von Zustimmung der Zuhörer unterbrochen. Nach Herrn Dingeldien geht es in diesem Wahlkampf um die Frage: „Parteien oder Hindenburg?“ Herr Dingeldien, der doch gewiß einer der ausgeprochensten Parteipolitiker ist, reißt sich also jetzt auch in die Reihen derjenigen ein, die Parteipolitik als eine schmutzige Sache ansehen. Das heißt natürlich nur, daß die Herren die Parteipolitik der Nationen, die ihnen nicht paßt, als etwas Schmutziges ansehen, was sie treiben diese Politik der rassistischen Untereinerziehung eines sozialpolitischen Ständes, ist natürlich nationale, vaterländische Politik, und jede Kritik daran kommt ihnen einander Landesverrat gleich. So ähnlich klang es vor allem gegenüber der neuen deutschen Ausrichtungspolitik. Den Parteien, die diese Politik für verhängnisvoll für das deutsche Volk ansehen, wird geradezu das Recht der Kritik abgesprochen, weil eben nur die Politik allein „national“ sei. Ausdrücklich dankte Herr Dingeldien dem General von Schleicher für seine „amüsanen und eindeutigen Worte.“ Diese Herren haben eben

in den letzten zwei Jahrzehnten nichts gelernt, aber alles ver-gessen.

Dieselbe Absozialität, dieselbe altmodische Verblendung hat sie befallen, die uns schon einmal der Welt gegenüber isoliert und uns ins Unglück des Krieges hineingeworfen hat. Selbstverständlich trierte Dingeldien das Eingreifen des Reiches in Preußen einmal, weil damit die „Schwarze Reichswehr“ gebildet und dann, weil damit der „deutsche Reichs-Vertrag“ im „Bismarck'schen Sinne“ wieder bekräftigt worden sei. Als Ziel proklamierte Dingeldien

die Befestigung der „überprüften“ Weimarer Demokratie, die nicht in deutsche Verhältnisse passe. Oberhaus, Heraus-führung des Wahlrechts, größere Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament sollen eingeführt werden. Die Regierung solle nur noch bei Budget- und anderen wichtigen Fragen gestützt werden können. Der Weg zu diesem, wie er heißt, lautet: „Abbau des Parlamentarismus“ lasse sich aber nicht mit den bisherigen Methoden finden. Wie er aber ohne Verfassungsbruch gelangen werden kann, logte auch Herr Dingeldien nicht. Gegenüber den Nazis bestrafe er, daß deren Führer sich nicht als „Stände- und Volkspartei“ erweisen hätten. Mit parlamentarischen, halbseitigen Gründen verurteilte sie ihre Rechtskritik. Das Potsdam-Telegramm bestehe bei Tausenden und aber Tausenden Zweifel in die Seriosität des „Führers“. Eine Ehre, die keine Ehre mehr sei, die Ehre des Führers gleichzusetzen, müßte

### eine fortschrittliche Verwirrung in der Gefolgschaft

bedeuten. Die Tat von Potsdam bezeichnete Dingeldien als roh, brutal, barbarisch und unmenschlich. Die Verwirrung stimmte ihm zu. Das Bürgertum scheint also vom Hitler-Wahn wieder zu heilen. Es wendet sich wieder den für seine Weltanschauung und seinen ständesgemäßen Lebensansatz fäheren Faktoren zu. Die Kundgebung, die von Dingeldien als Stablinien der Umarmung war (zum Teil schändlichen Rindern), fand im übrigen ganz auf dem Niveau „vaterländischer“ Reizen alten Stils. Der alte Gott und sogar der „Große Kurfürst“ wurden verehrt. Weiterer vom Verfallungsleiter Dr. Seigler, der sich über das „überhebliche“ England beklagte, weil es den deutschen Volkswirtschaft nicht unterstützen will.

### Rachfrist: Vor der Versammlung begrüßten sich zwei auf-

geklärte Herren von heller Gesichtsfarbe. „Guten Abend Herr... nun, wie geht es Ihnen?“ „Gut, ausgezeichnet.“ „Wo haben Sie denn den Sommer verbracht?“ „Ob sich die schließlichen Volksgenossen, die sich täglich am Steintor treffen, auch befragen: „Wo haben Sie denn den Sommer verbracht?“ — Aber nichtsahnend: Deutsche Volkspartei!

### Neue Postwertzeichen

Am 1. Oktober werden die Freimarken mit dem Brustbild des Reichspräsidenten von Hindenburg durch neue Marken ersetzt, auf denen sich ein nach einer Skizze des Professors Karl Hoeg in München gestochenes Kopfbildnis des Reichspräsidenten befindet. Die noch vorhandenen bisherigen Marken werden daneben aufgehoben. Ferner wird am 1. Oktober eine 5 Pf. Reichspostkarte zu 8 Pf. ausgegeben, die auf dem linken Teile der Vorderseite ein Bildnis des Reichspräsidenten von Hindenburg trägt und im Markenstempel des Lauenburger-Deinstal zeigt. Die Karte kostet 10 Pf.; der Zahlungssatz von 4 Pf. liegt der Zeitungs Postkarte zu.

### Ab Sonntag: Winterfahrplan.

Wie weit die Jahreszeit schon vorgeschritten ist, daran werden wir jetzt dadurch erinnert, daß der Winterfahrplan in Kraft tritt. Bereits am Sonntag wird das der Fall sein und die Reichsbahn-Gesellschaft hat schon den Zeitfahrplan herausgegeben. Er liegt dem, der berechnen will, alles Wünschenswerte und gibt nicht nur Auskunft über die Fahrzeiten, sondern auch über die Fahrpreise. Insbesondere sind die Sonntagsrückfahrkarten berücksichtigt. Der Zeitfahrplan kostet 60 Pf.

Widmung des Reichspräsidenten an Dr. Baumbach. Der Reichspräsident hat dem bekannten Philosophen Professor Dr. Baumbach anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres in einem herzlichen Schreiben seine Glückwünsche übermittelt.

Wachen in Gefahr. In der Feuerwache Straße drohte gestern früh von einem Grundstück Hausputz, der sich stark erhobert hatte, herabzufallen. Die Feuerwehr befreite in halbstündiger Tätigkeit die Gefahr.

## Herbstgang durch die Heide

Kleiner Führer durch die herbstlichen Schönheiten unseres Stadtförstes

Der Wald tritt in der Herbstzeit in seinem ewig wechselnden und immer wieder schönen Reide auf Neue dem Menschen näher. Unsere Stadtförste bieten erneut den Naturfreunden den vollen Reichtum der Freude und des Genießens. Jetzt reifen die Brombeeren, reifen die Erdbeeren, die Schneebere und das Pfaffenblutchen legen ihre burschen Büschel auf und das Laub beginnt sich zu färben. Jetzt ist es Zeit, mit offenen Augen durch die Heide zu wandern.

Wach am Eingang zum Walde, gegenüber der Parkstelle der Linie 4 am Brunnstein, erst fängt sich der Wald an zu zeigen, wollen wir uns treffen. Es geht am „Waldbauer“ vorbei. Schnell nach ein Bild auf das künstlerische Wegezeichen des Parkführers und dann auf der erst fiktiv ausgebauten A-Linie entlang! Abwechslend durch Schönlungen, alle Reifern und Eichen zieht sich der Weg für Radfahrer, Reiter und Fußgänger geräumt, durch einen ruhigen, stillen Teil der Heide, entlang an einer Stätte, die den heiligen Namen der „Heiligen Hellen“ trägt. Sie liegen in der Höhe des Wollschluchtweges zwischen der A-Linie und dem Parkführer. Der sogenannte Herbstgang gibt diesem Teil des Waldes sein charakteristisches Gepräge.

Wir wandern weiter die A-Linie entlang und kommen zu der Wegstreckung, wo der Parkführer die A-Linie überquert. Wollen wir weiter den Wald in seiner Ursprünglichkeit genießen, so wandern wir die A-Linie weiter. Über Berg und Tal führt der Weg durch reizende Waldteile mit stillen Nebengegängen, die nach dem schwarzen Berge führen und Gelegenheiten zu reizvollen Aus- und Umschauen geben.

Doch wir wollen heute einmal einen anderen Weg geben, und zwar von der A-Linie an dem Wegezeichen des Parkführers entlang, hinaus zur Höhe an den Zonen mit der dahinterliegenden herrlichen Wollschluchtweg und dem herrlichen alten Eichenbestand. Wie ist der Wald so frei vom Tonberg über den Wald hinweg! Wir sehen

die Großstadt Halle, langgestreckt vom Süden nach Norden, mit allen ihren Türmen und Monumentalbauten. Wie ein schönes Stadtbild aus einem alten Stich liegt sie ausgebreitet vor uns.

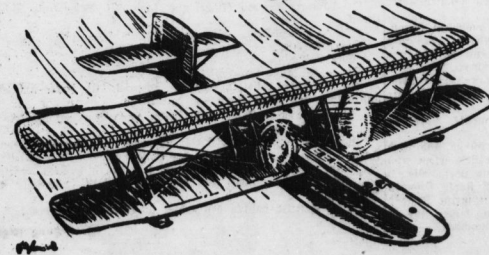
Nach kurzer Fahrt gehen wir den Parkführer weiter durch eine Schöpfung nach der Wollschluch. Von hier führt der Fußweg weiter, reizvolle Wege durch den Wald bindend, nach dem „Waldbauer“ hin. Neuangelegte Wege für Radfahrer, Fußgänger und Reiter führen in angenehmen Bindungen durch den Wald zum und um das „Waldbauer“ in den verschiedenen Richtungen.

Nach kurzer Fahrt im „Waldbauer“ führt uns unser Weg nach dem Ortsausgang zum Brunnen, dort, wo Parkführer und Fußweg in Richtung Reiterberg sich treffen. An letzterem ist der Reichtum vorhanden. Vollständig im Grünen eingebettet, soll er als Waldreich den Bogen und dem Wald als Tränke dienen.

Doch nun geht es weiter. Durch Eichen- und Kiefernwald gelangen wir an den Höhen, der sich vom Tonberg in westlicher Richtung hinzieht. Unter alten hohen, funkenprobieren Bäumen, den Eichenblättern, sowie unter alten Eichen steigt vor uns durch eine Kieferngehölz eine Waldtreppe empor, wie sie schöner in ihrer Lage und Ausführung nicht gedacht werden kann. Sie führt auf den schwarzen Berg. Noch vor kurzem bildete diese Schlucht, einen vom Bergwasser stark zerklüfteten, schwer befahrbaren Weg zur Höhe hinauf. 60 Stufen gehen nimmermehr jung und alt die Möglichkeit, diese Höhe zu erreichen. Diese aber selbst bietet der Lebererfahrungen so viel, daß es sich lohnt, hier einen Augenblick zu verweilen.

Der Tag geht zu Ende, ein einsigföner farbenreicher Abendhimmel wölbt sich über Wald und Feld. Der Eichenhüter ruft, die letzten Gänge schmettern ihr Lied in den Wald. Wir wandern beim stillen Höhenwege, durch Waldesdörfer, über Wollschluchtweg hinaus ins Freie der Stadt entgegen.

Mit Flugzeugbildern!



## Überraschend

ist selbst für verwöhnte Raucher die Qualität der neuen „Gold Saba“.

Überraschend auch für jeden Bilder-Sammler ist die Schönheit und Mannigfaltigkeit der beiliegenden Flugzeugbilder.





# Merseburg

(Schreibweise: Leipzig Nr. 100)

### Merseburgs Oberbürgermeister 50 Jahre alt

Heute, Mittwoch, begeht der weit über Mitteldeutschlands Grenzen hinaus bekannte Merseburger Oberbürgermeister Dr. Wolf-Dach seinen 50. Geburtstag. Am 17. Februar 1880 wurde er zum Oberbürgermeister gewählt, nachdem er von 1917 bis 1928 das Amt des Bürgermeisters in Merseburg bekleidet hatte.

### Jugendliche Mäuler vor Gericht

Der verwegene Raubüberfall auf einen Merseburger Kinobesitzer, der im Juli dieses Jahres die Öffentlichkeit in hohem Maße beunruhigte, wurde am Dienstag vor der ersten Strafkammer in Halle geurteilt. Angeklagt waren vier noch recht junge Leute und zwar der 20jährige Edmund Kurt W., der 19jährige Bauarbeiter Paul S., der 18jährige Hausknecht Werner S. und der 17jährige Maurer Walter B. Die drei ersten von ihnen hatten miteinander den abenteuerlichen Plan verabredet, den Merseburger Kinobesitzer Th. nach Schluß einer Vorstellung zu überfallen und ihm die Tageseinnahme aus seinem Kassenlocher zu rauben. Zu diesem Zwecke hatten sie sich von W. eine Pistole geliehen, die ihnen dieser aber nur unter der Bedingung gegeben haben soll, daß sie ihr nicht gefahren werden dürfe. Die sollte allerdings als Schredmittel dienen. Nach vorheriger genauer Verabredung trafen sich Kurt W. und Werner S. in einem Café zur Abrede, während Paul S. den Auftrag hatte, etwas entfernt auf dem Straßensaum zu stehen. Als der abgemessene Kinobesitzer an der Stelle vorbeikam, an der die Räuber Posto gefaßt hatten.

Prang W. mit gesagter Pistole plötzlich hervor und legte dem Erschrockenen des Schließens auf die Brust. S. kam im gleichen Augenblick gleichfalls und rief dem Überfallenen die laut um Hilfe zu rufen befohlen, die W. aus der Tasche, während W. gerade noch einen Schlüssel ermittelte. Mit ihrer Wucht luden die Freunde nacheinander das Weite, wurden aber erkannt, bereits am nächsten Tage verhaftet und bis auf W. in Untersuchungshaft eingewiesen. Vor dem Gericht lagen die Angeklagten das eine Jahr, wobei W. in seiner Situation nun stehen und letzten Endes ein Gefängnis abzusitzen mußte. Die übrigen wurden sämtlich auf freiem Fuß.

### Vorkundt

#### Bürgermeisterwahl angefaßt.

Schätzlich. Gegen die Wahl des Beigeordneten Dr. Hübler in Kreis zum Bürgermeister der Stadt Schützend hat der Ordnungsbund Einspruch eingelegt und über die Frage der Gültigkeit der Wahl die Entscheidung des Bezirksauschusses in Merseburg nachgesucht. Der Einspruch wird kaum begründet, da die Wahl nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist. Die Beschlüsse des Bürgermeisters werden vorläufig von dem Beigeordneten Herrmann geführt.

### Denk nicht nur an Dich!

Deine Macht ist recht gering. Nur der Zusammenschluß verleiht Gewicht. So geht es auch mit Deiner Zeitung. Die Masse der Leser vertieft die Resonanz. Unzweifelhaft jede Kritik. Jedes neue Leser- den Du wirbst, erleichtert Dir den Kampf um Deiner Existenz.

# Die Werks-Gemeinschaft für Unternehmerprofil

## Die „Michel-Beleg-Gesellschaft“ wehrt sich

Wie wir bereits berichteten, planen die Michelwerke die schädliche Arbeitszeit einzuführen, die für die Belegschaft einen 20prozentigen Lohnabzug bedeutet und für die Michelwerke ein gutes Beispiel.

Am Sonntag nahm die Belegschaft in einer sehr gut besuchten Beleg-Gesellschaftsversammlung zu dieser Maßnahme Stellung und lehnte gegen drei Entwürfe — der von Vorsitzenden der Werks-Gemeinschaft und zwei anderen Werks-Gemeinschaftler — die Maßnahme der Michelwerke ab. Die Betriebsräte der Werks-Gemeinschaft vertreten in der Versammlung die Auffassung, daß, wenn die Michelwerke weiterhin bei ihren Maßnahmen beharren, sie dann die Beschlüsse der Belegschaften. Der Vorsitzende der Werks-Gemeinschaft Rauscher begründete es sogar, daß endlich einmal ein Einbruch in das Tarifwesen gemacht werden würde, und daß nun die Zeit gekommen sei, wo auf dem Wege der „Werksverbundenheit“ die Arbeitsverhältnisse geregelt werden. (Eine solche „Werksverbundenheit“, die trefflich durch das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft illustriert wird.) In demselben Atemzuge aber mußte er zugeben, daß der Vorstand, wie auch die Betriebsräte der Werks-Gemeinschaft in einer besonderen Sitzung mit der Werksleitung verhandeln hätten, die ungeheuerlichen Maßnahmen abzuwenden, sie aber bei der Werksleitung kein Entgegenkommen fanden. Ein erheblicher Widerspruch mit dem vorher Befragten. Die Gelben mußten also erleben, daß das soziale Werkverhältnis der Unternehmer als Hüter des Werks-Gemeinschaftscharakters nur bis an den eigenen Selbstzweck geht.

# Kreistat mit knapper Mehrheit angenommen

## Krankhafte Korruption und der Bürgerlichen - Kommunisten liefern bewußt alle Positionen der Reaktion aus

Wie alle Kreistage der letzten Zeit stand auch der gestrige wieder im Zeichen der fruchtlosen Euphorie der Bürgerlichen, dem Bandratsamt nachzugeben. Was es früher der Bau des Kreisplanungs- und der Württemberg-Erbteilung, so waren es gestern die Ausschüsse der Kreistage, die diese Herren kritisierten. Besonders Herr v. Trotha hat sich in dieser Beziehung hervorgetan. Dabei hat auch der Nazi-Kreisrat seinen Kollegen von der Bauarbeiter-Front und Vertreter der „Keinen Seute“ trefflich ergänzt. Natürlich, aber in seiner Endlosigkeit um so vernichtender sollte Ernst. Natürlich, aber in seiner Endlosigkeit um so vernichtender sollte Ernst. Natürlich, aber in seiner Endlosigkeit um so vernichtender sollte Ernst.

Einigenmaßen erkrankt war es, daß trotz des Millionenbestandes 1.991.000 M., der Kreistat — wenn auch mit geringer Mehrheit — angenommen wurde. Als ein sehr bedauerndes Ereignis für die Arbeiterklasse zeigte sich ferner die Tatsache, daß die Kommunisten, um ihren Sozialdemokraten an führende Stellen im Kreise heranzuführen zu lassen, offen alle Positionen der Reaktion ausliefern.

Wohlwollend wiesen sie alle Möglichkeiten der sozialdemokratischen Fraktion, gemeinsam dafür zu sorgen, daß diese Voten nur mit proletarischer Mehrheit, werden ab. Und das in einem Kreistag mit proletarischer Mehrheit. Das ist Arbeiterverrat im höchsten Grade, und man weiß natürlich, wieviel bei der Selbstenttarnung des Proletariats gehen soll.

Die Debatte über die Umgestaltung innerhalb des Kreisplanungs- und der Württemberg-Erbteilung, die sich gestern abend in der Kreistat abspielte, war eine sehr interessante. Sie wurde von Herrn v. Trotha mit großer Sachkenntnis und mit großer Energie geführt. Er hat sich nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die Bauarbeiter, die in der Kreistat vertreten sind, eingesetzt. Er hat sich nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die Bauarbeiter, die in der Kreistat vertreten sind, eingesetzt. Er hat sich nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die Bauarbeiter, die in der Kreistat vertreten sind, eingesetzt.

Der Kreistag hat mit knapper Mehrheit den Antrag angenommen, die Kreisplanungs- und die Württemberg-Erbteilung umzuwandeln. Die Entscheidung ist ein großer Sieg für die Arbeiterklasse. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat.

in Ermüdung gezogen werden mußte, ist, wie bereits berichtet, noch in der Stunde.

Der Kreistag hat mit knapper Mehrheit den Antrag angenommen, die Kreisplanungs- und die Württemberg-Erbteilung umzuwandeln. Die Entscheidung ist ein großer Sieg für die Arbeiterklasse. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat.

Bei dem Bericht über das abgelaufene Jahr betonte der Landrat, daß die Kreistat die Aufgabe hat, die Kreisplanungs- und die Württemberg-Erbteilung umzuwandeln. Die Entscheidung ist ein großer Sieg für die Arbeiterklasse. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat.

Die Entscheidung ist ein großer Sieg für die Arbeiterklasse. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat.

Die Entscheidung ist ein großer Sieg für die Arbeiterklasse. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat.

Die Entscheidung ist ein großer Sieg für die Arbeiterklasse. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat.

Die Entscheidung ist ein großer Sieg für die Arbeiterklasse. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse in der Kreistat die Mehrheit hat.

# Wir geben doppelten Rabatt

von Donnerstag, 29. Sept. bis Montag, 3. Okt. auf alle Waren (wenige Artikel ausgenommen)

## Verlangen Sie jetzt ein Weihnachts-Sparbuch,

dann nutzen Sie den doppelten Rabatt doppelt aus. Die grossen Vorteile, die unser Weihnachts-sparbuch auch dieses Jahr wieder bietet, erzielen Sie aus den Prospekt, die Sie in unseren Filialen erhalten.

# KAFFEE GESCHÄFT





